

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

als in der täglichen Arbeit mit Menschen ohne Krankenversicherung tätige Organisationen befürworten wir die getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ganz überwiegend und tragen diese ausdrücklich mit. Jedoch ergeben sich für die Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung erhalten, aktuell besorgniserregende Herausforderungen. Es gilt, Menschen vor einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus zu schützen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und die Weiterverbreitung einzudämmen. Diese Ziele müssen im Sinne eines pragmatischen Infektionsschutzes für alle Personen gelten, ob nun ein Versicherungsschutz besteht oder nicht.

Im Folgenden möchten wir Ihnen die gegenwärtige Situation von Menschen ohne Krankenversicherung in Baden-Württemberg umreißen und notwendige Maßnahmen vorschlagen.

Hintergrund

In Baden-Württemberg bleibt tausenden Menschen der Zugang selbst zu einer grundlegenden medizinischen Versorgung verwehrt. Eigentlich leicht therapierbare Erkrankungen können so zu einer existenziellen Bedrohung für die Betroffenen werden. Gerade Infektionserkrankungen werden nicht oder verspätet diagnostiziert, was neben der Gefährdung der Patient*innen auch weiteren Ansteckungen Vorschub leistet.

Es existieren vielfältige Gründe, trotz der bundesweiten Krankenversicherungspflicht unversichert zu sein: Neben Menschen ohne Papiere sind etwa EU- und Nicht-EU-Bürger*innen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, sowie deutsche Staatsangehörige betroffen, die aufgrund einer sozialen oder finanziellen Notlage ihre Versicherungsbeiträge nicht mehr bezahlen können.

Selbst EU-Bürger*innen, die gewillt sind und die finanzielle Möglichkeiten haben, sich freiwillig zu versichern, bleiben häufig chancenlos: Trotz Versicherungspflicht machen es ihnen fehlende Vorversicherungszeiten unmöglich, eine Krankenversicherung zu erreichen.

Um dieser kritischen Versorgungslücke etwas entgegenzusetzen und zumindest eine grundlegende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, entwickelten sich in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend ehrenamtlich arbeitende Hilfsangebote, wie beispielsweise die MediNetze und die Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung.

Tagtäglich beraten und vermitteln wir dabei Menschen, die ansonsten keine Möglichkeit haben, medizinische Versorgung zu erhalten. Dabei stoßen wir jedoch immer wieder an unsere Grenzen und können eine Regelversorgung nicht ersetzen.

Wie ist die Lage angesichts der Corona-Pandemie?

Aufgrund der Corona-Pandemie sehen sich viele Einrichtungen dazu gezwungen, ihre Sprechstunden und Versorgungsangebote einzustellen oder einzuschränken. Gründe dafür sind das Risiko von Infektionsübertragungen in überfüllten Wartezimmern,

die Angewiesenheit auf derzeit geschlossene Räumlichkeiten Dritter, eine unzureichende Ausstattung mit Desinfektions- und Hygienematerial, die Gefährdung des (ehrenamtlichen) Personals sowie mangelnde Kapazitäten zur Durchführung infektiologischer Tests.

Der Wegfall dieser bisherigen Versorgungsstrukturen führt zu einer existenziellen Bedrohung für Menschen ohne Krankenversicherung und einer erhöhten Infektionsgefahr in Baden- Württemberg.

Menschen ohne Krankenversicherung sind dem Risiko einer Covid-19-Infektion ebenso ausgesetzt wie andere Bevölkerungsgruppen. Durch den besonders erschwerten Zugang zu Versorgungsstrukturen und der einhergehenden medizinischen Unterversorgung von chronischen Erkrankungen steigt für sie aber nicht nur das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs mit erheblichen gesundheitlichen Folgen, auch die Gefahr einer Weiterverbreitung der Infektion ist kritisch zu sehen.

Neben diesen Konsequenzen führt das Fehlen von Anlaufstellen zusätzlich zu einer mangelnden ambulanten Versorgung in anderen gesundheitlichen Anliegen, die ja unvermindert weiterbestehen. Dies kann wiederum zum vermehrten Aufsuchen von Notaufnahmen führen und so eine weitere Belastung der Krankenhäuser zur Folge haben – eine zusätzliche Bindung dieser für die Covid-19- Pandemie so kritischen Ressourcen wäre zu befürchten.

Aus diesem Grund fordern wir als pragmatische Lösung:

- Die schnelle Einführung eines **Anonymen Krankenscheins**

Dieser soll durch einen unabhängigen Träger im Sinne der Vermeidung körperlichen Kontakts möglichst nach telefonischer Mittellosigkeitsprüfung ausgegeben werden und zur freien Wahl unter den baden-württembergischen Vertragsärzt*innen und Vertragspsychotherapeut*innen berechtigen. Dies würde einen anonymen und damit niedrigschwiligen Zugang zu umfassenden Gesundheitsleistungen für die betroffenen, vulnerablen Patient*innengruppen ermöglichen. Dabei würde der Zugang zur Regelversorgung die unkomplizierte Nutzung bereits bestehender medizinischer Infrastruktur erlauben.

- Gewährleistung der **Datensicherheit**

Wir fordern ein Verbot der Weitergabe von persönlichen Daten an die Ausländerbehörden, wenn ambulante oder stationäre medizinische Diagnostik oder Versorgung in Anspruch genommen wird (Aussetzung der Übermittlungspflicht nach §87 AufenthG). Dazu ist aus unserer Sicht eine fachaufsichtliche Weisung der zuständigen Landesbehörde notwendig. Falls dies rechtlich nicht umsetzbar ist, fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die entsprechenden Änderungen einzusetzen. Ansonsten ist zu erwarten, dass die Versorgungsangebote von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus aus Angst vor Abschiebung nicht wahrgenommen werden.

- Sicherstellung der **Kostenübernahme**

Wir fordern die Zusage zur Kostenübernahme für notwendige medizinische Versorgung einschließlich der Diagnostik und Behandlung von Covid-19 für alle Menschen (bei Bedarf anonym) nach §25 SGB XII durch das Sozialamt. Die Feststellung der Mittellosigkeit erfolgt dabei unbürokratisch entsprechend §19(2) IfSG.

Menschen ohne Krankenversicherung und speziell Illegalisierte sind im besonderen Maße von der derzeit nur eingeschränkt möglichen medizinischen Versorgung betroffen. Im Sinne einer effektiven Eindämmung der Corona-Pandemie müssen nun zügig Versorgungsstrukturen für Menschen ohne Krankenversicherung geschaffen werden. Daher appellieren wir an Sie, die oben genannten Punkte schnellstmöglich umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

die MediNetze Freiburg, Karlsruhe, Rhein-Neckar, Tübingen und Ulm

Die baden-württembergischen MediNetze:



MediNetz Freiburg



MediNetz Karlsruhe



MediNetz Rhein-Neckar



MediNetz Tübingen



MediNetz Ulm

Mitzeichnende Organisationen

Überregional:

- **Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg e.V.**
- **DRK-Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.**
- **ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg**
- **Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.**
- **Studierendensektion der IPPNW Deutschland (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V)**

Lokal:

- **MedMobil Stuttgart e.V.**
- **Refugio Stuttgart e.V.**
- **Refugio Villingen-Schwenningen e.V.**
- **Flüchtlingshilfe Karlsruhe e.V.**
- **Freundeskreis Aysl Karlsruhe e.V.**
- **Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.**
- **Solidarity City Heidelberg**
- **Solidarity City Freiburg**

- **Feministisches Zentrum Freiburg**
- **kritische Mediziner*innen Freiburg**
- **Global Initiative on Health, Migration and Development**
- **Care Revolution Freiburg**
- **Netzwerk Solidarisches Gesundheitswesen Freiburg**
- **Initiative Schlüsselmensch e.V.**
- **3HäuserProjekt**
- **Schwere(s)los! e.V.**
- **Unabhängige Frauen Freiburg**
- **Kinderabenteuerhof Freiburg e.V.**
- **Interkultureller Verein FAIRBURG e.V.**
- **Recht auf Stadt Netzwerk Freiburg**
- **Fraktion im Freiburger Gemeinderat Eine Stadt Für Alle**
- **Grüne Alternative Freiburg**
- **Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Freiburg**
- **FAU Freiburg**
- **Rosa Hilfe Freiburg e.V.**
- **Menschenrechtsinitiative der Offenen Fachschaft Medizin Freiburg**
- **Arbeitskreis Uni für alle Freiburg e.V.**
- **Our Voice**
- **Interkulturelle Drum Family**

- **Aktions-Kunst-Gruppe Freiburg**
- **Förderverein Pflasterstube im St.Ursulaheim Offenburg e.V.**
- **Leawatch Freiburg**
- **Aktion Bleiberecht Freiburg**
- **zündstoff. fair organic clothing**

Einzelpersonen:

Dr. Ulrich Clever, Ehrenpräsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg

Dres. Susanne und Ulrich Ziegler, „Barrierefrei Tübingen“